



„Habemus Gubernantes“



Stillstand bedeutet Rückschritt:
Österreichs Stern sinkt. Foto: APA

Die neue Regierung, die wird es bald auch vom Bundespräsidenten angelobt geben.

Man soll sie an ihren Taten messen. Was man jetzt aber schon sagen kann, ist, dass sie falsche Prioritäten setzt und erschreckend zukunftsvergessen agiert.



Hannes Androsch

Aus Einsicht in die gegebene Alternativlosigkeit wird die bisherige Koalitionsgegnerschaft weitergeführt. Soweit, so gut. Das Regierungsprogramm ist ein mühevoller Kompromiss, mit vielen unverbindlichen, schwammigen Absichtserklärungen nach dem Motto „Es bleibt (fast) alles gleich besser!“ Mehr an zukunftsorientierter Entschlossenheit haben die eingerosteten vor allem föderalen Machtstrukturen der Partikularinteressen vorerst nicht zugelassen. Das Budget als in Zahlen gegossenes Regierungsprogramm spiegelt dies wider. Das aber wird nicht so bleiben dürfen und bedarf daher ehestens entscheidender Korrekturen und Nachbesserungen. Dennoch lassen wir den „benefit of the doubt“ walten und messen wir die Regierung nicht an den Worten sondern an den Taten.

„Es geht uns gut“. Dies ist erfreulicherweise zutreffend. „Man braucht daher Österreich nicht neu zu erfinden.“ Genau dies ist aber in einer rasant und radikal sich ändernden Welt unabdingbar notwendig, wenn es uns auch in Zukunft ebenso gut gehen soll. Stillstand bedeutet Rückschritt. Die anämische Wachstumsschwäche, steigende Arbeitslosigkeit und anhaltende Schieflage der öffentlichen Haushalte belegen dies. Es bedarf daher dringend der Beseitigung veralteter kostenaufwendiger Strukturen bei Berücksichtigung des demografischen Wandels, ständiger Modernisierung und grundlegender, überfälliger Reformen in so wichtigen zukunftsentscheidenden Bereichen wie Bildung, Universitäten, Wissenschaft und Forschung, Pensionen, Besteuerung oder kostenreduzierender Staats-, Föderalismus- und Verwaltungsreformen.

Dazu ist es erforderlich, entsprechende Prioritäten zu setzen und dabei alte Kühe zu schlachten. Dies erfordert Überwindung

bleierner Mutlosigkeit und verlangt zukunftsorientierte Entschlossenheit. Natürlich muss die Schieflage der öffentlichen Haushalte überwunden und ihre nachhaltige Sanierung herbeigeführt werden. Dabei darf man sicher nicht in eine Austeritätsfalle tappen und sich den Ast, auf dem wir künftig sitzen wollen, absägen. Der verschuldete Bauer handelt zukunftsvergessen, wenn er wegen seiner aus früherem schlechtem Management entstandene Schulden verabsäumt, Saatgut zu kaufen und auszusäen. Er wird mit seiner Familie verhungern.

Die Aussaat entscheidet

All dies gilt insbesondere für den gesamten Bereich der Bildung, der Universitäten, der Wissenschaft und Forschung. Gerade in diesen Bereichen und in der Aussaat in diese entscheidet sich, ob wir die Zukunft gewinnen oder verlieren, ob wir unsere Wettbewerbsfähigkeit erhalten und zu steigern vermögen, als Voraussetzung Beschäftigung, Wohlstand und Wohlfahrt zu gewährleisten.

Die durch das Bildungsvolksbegehren nachdrücklich ausgeführten Anliegen für die Reform unseres Bildungssystems werden weiterhin nur zögerlich und placebohaft verfolgt. Unsere Universitäten bleiben heillos unterfinanziert. Wir haben zwar zahlenmäßig derer doppelt so viel wie die Schweiz, sie verfügen aber nur über die Hälfte der finanziellen Mittel. In den vergangenen fünf Jahren wurde auch die Forschung, vor allem die in der Innovationskette so wichtige Grundlagenforschung bei weitem unterdotiert, womit uns die so entscheidende Innovationsdynamik verloren gegangen ist. Wir sind weit von der Zielsetzung zwei Prozent des BIP für die Unis und 3,76 Prozent des BIP für die Forschung entfernt.

Lohnstückkosten steigen

Schon jetzt schlägt sich dies in



überdurchschnittlich gestiegenen und steigenden Lohnstückkosten nieder, weil die dadurch zu gering ausgefallenen Produktivitätszunahmen die Steigerung der Arbeitskosten und anderer Kosten (Regulierungs- und Bürokratienkosten) nicht aufzufangen vermögen. Diesbezüglich angedachte Budgetverbesserungen sind so gering, dass sie sich grafisch gar nicht darstellen lassen und nicht einmal die Inflationsbelastungen abdecken. Damit ist dies nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein. Andererseits sind wir ein Hochbesteuerungsland – künftig in noch höherem Ausmaß –, kommen aber mit den Einnahmen viel schlechter aus als etwa die Schweiz, Deutschland und andere Länder.

Wir vergeuden wertvolle Mittel bei der Hacklerregelung (zwei Mrd. Euro), der Pendlerpauschale (600 Mio. Euro), der Biotreibstoffförderung (280 Mio. Euro) oder der Ökostromsubventionierung. Diese Gelder fehlen uns für die Zukunftsaufgaben. Das sind fal-

schne Prioritätssetzungen. Wie die sinkende Wahlbeteiligung und die schlechten Wahlergebnisse zeigen, bringen sie im Übrigen aber auch politisch nichts. Auf diese Weise werden wir weder das Talentpotenzial unseres Landes ausschöpfen, noch die Forschungsstrategie der Bundesregierung, mit der wir per 2020 aus dem Mittelfeld gar zum Innovationsleader aufgestiegen sein sollen, auch nur annähernd erreichen können.

Nebuloses Ministerium

In geradezu erschreckender Weise wird eine zukunftsvergesene Einstellung mit der Abschaffung des Wissenschaftsministeriums um ein nebuloses Familien- und Jugendministerium zu schaffen, exemplarisch deutlich. Die siebzig Prozent berufstätiger Mütter werden es besonders schätzen und zu danken wissen, dass man vorschulische Ganztagsbetreuung und verschränkte Ganztagschulen mit dafür geeigneten Schulzentren hintanstellt.

Es war eine eindruckliche Zukunftsbotschaft, als am 24. Juli 1970 erstmals ein eigenständiges Wissenschaftsministerium geschaffen und mit Herta Firnberg besetzt wurde. Seine jetzige Ab-

schaffung ist eine beklemmende Vergangenheitsbotschaft. Dies könnte man gerade noch hinneh-

men, wenn die Universitäten und die Grundlagenforschung insgesamt ausreichend finanziert würden, wenn man den Universitäten hinreichende Gestaltungsautonomie einräumte und wenn man dabei hinreichende Chancengleichheit sichernde leistungsorientierte Studienförderung sicherstellen würde. Doch das alles fehlt im Regierungsprogramm. Genau aber das bedarf einer raschen und grundlegenden Änderung, wenn man die Zukunft entfesseln und mehr Gerechtigkeit schaffen will. Daran wird die Leistung der neuen Bundesregierung zu messen sein und gemessen werden.

HANNES ANDROSCH (75) war unter Bruno Kreisky Finanzminister und Vizekanzler für die SPÖ. 1981 wechselte er als Generaldirektor in die Creditanstalt, in den 1990er-Jahre schuf er ein großes Beteiligungsunternehmen (unter anderem die Salinen AG und AT&S). Androsch ist seit 2010 Vorsitzender des Rates für Forschung und Technologieentwicklung. 2011 trat er als Initiator des Bildungsvolksbegehrens in Erscheinung. Zuletzt von ihm erschienen: „Das Ende der Bequemlichkeit. 7 Thesen zur Zukunft Österreichs“.

Foto: APA